KOLUMNE 22.12.2014 | Joseph E. Stiglitz

Ungleichheit und das amerikanische Kind

Wie die USA durch Chancenungleichheit künftiges Potential verspielen.

Es ist seit langem anerkannt, dass es sich bei Kindern um eine spezielle Bevölkerungsgruppe handelt. Sie suchen sich ihre Eltern nicht aus, geschweige denn die allgemeineren Umstände, in die sie hineingeboren werden. Sie verfügen nicht über die gleichen Fähigkeiten wie Erwachsene, um sich zu schützen oder für sich selbst zu sorgen. Aus diesem Grund billigte der Völkerbund 1924 die Genfer Erklärung über die Rechte des Kindes und die internationale Gemeinschaft verabschiedete 1989 das Übereinkommen über die Rechte des Kindes.

Kein Paradies für Kinderrechte

Bedauerlicherweise kommen die Vereinigten Staaten ihren Verpflichtungen nicht nach. Tatsächlich hat man das Übereinkommen über die Rechte des Kindes nicht einmal ratifiziert. Die USA mit ihrem stolz gepflegten Image als Land der unbegrenzten Möglichkeiten sollten eigentlich als motivierendes Beispiel für einen gerechten und aufgeklärten Umgang mit Kindern dienen. Doch stattdessen agiert man als Leuchtfeuer des Unvermögens und trägt zur weltweiten Passivität im Bereich der Kinderrechte auf internationaler Bühne bei.

Obwohl die amerikanische Durchschnittskindheit vielleicht nicht als die schlimmste auf der Welt bezeichnet werden kann, ist die Diskrepanz

Obwohl die amerikanische Durchschnittskindheit vielleicht nicht als die schlimmste auf der Welt bezeichnet werden kann, ist die Diskrepanz zwischen dem Wohlstand des Landes und der Verfassung seiner Kinder beispiellos. Etwa 14,5 Prozent der gesamten amerikanischen Bevölkerung sind

zwischen dem Wohlstand des Landes und der Verfassung seiner Kinder beispiellos.

arm, wobei allerdings 19,9 Prozent der Kinder – etwa 15 Millionen in Armut leben. Nur Rumänien weist unter den entwickelten Ländern eine höhere Kinderarmut auf. Der entsprechende Wert für die USA liegt um zwei Drittel höher als in Großbritannien und bis zu vier Mal höher als in den nordischen Staaten. Für manche Gruppen präsentiert sich die Situation noch um einiges schlimmer: Über 38 Prozent der schwarzen Kinder und 30 Prozent der hispanischen Kinder sind arm. Das liegt nicht daran, dass sich die Amerikaner nicht um ihre Kinder kümmern. Vielmehr hat es damit zu tun, dass Amerika in den letzten Jahrzehnten eine politische Agenda verfolgte, die ein hohes Maß an Ungleichheit in der Wirtschaft zuließ, wodurch die am stärksten gefährdeten Teile der Gesellschaft immer weiter zurückfallen.

Die zunehmende Konzentration des Reichtums – und die signifikante Senkung der Steuern auf diese Vermögen – bedeutet, dass weniger Geld für Investitionen zugunsten des Gemeinwohls wie Bildung und Kinderschutz zur Verfügung steht. Aus diesem Grund geht es den amerikanischen Kindern nun schlechter. Ihr Schicksal ist ein schmerzliches Beispiel dafür, wie Ungleichheit nicht nur das Wirtschaftswachstum und die Stabilität untergräbt – wie mittlerweile auch von Ökonomen und Organisationen wie dem Internationalen Währungsfonds erkannt – sondern auch unseren Idealvorstellungen entgegensteht, wie eine gerechte Gesellschaft auszusehen hat.

Ungleiche Chancen

Einkommensungleichheit steht in Zusammenhang mit Ungleichheit in den Bereichen Gesundheit, Zugang zu Bildung und Exposition gegenüber Umweltrisiken, die allesamt für Kinder eine stärkere Belastung darstellen als für andere Bevölkerungssegmente. Tatsächlich wird bei fast einem Fünftel der armen amerikanischen Kinder Asthma diagnostiziert. Dieser Wert liegt um 60 Prozent höher als bei Kindern aus nicht armen Verhältnissen. Lernschwächen treten bei Kindern aus Haushalten mit einem jährlichen Einkommen von unter 35.000 Dollar beinahe doppelt so häufig auf wie bei Kindern aus Haushalten mit einem Einkommen von über 100.000 Dollar. Und manche Abgeordnete im US-Kongress

wollen bei den Lebensmittelmarken einsparen, auf die etwa 23 Millionen amerikanische Haushalte angewiesen sind. Dadurch sind die ärmsten Kinder von Hunger bedroht.

Diese Ungleichheit hinsichtlich der Auswirkungen steht in engem Zusammenhang mit einer Ungleichheit der Chancen. In Ländern, wo die Ernährung der Kinder sowie wie ihr Zugang zu Gesundheitsversorgung und Bildung unzureichend ist und sie überdies in höherem Maße Umweltrisiken ausgesetzt sind, unterscheiden sich die Lebensperspektiven der Kinder armer Eltern zwangsläufig sehr stark von jenen der Kinder aus wohlhabenden Verhältnissen. Und weil die Lebensperspektiven eines amerikanischen Kindes teilweise in höherem Maße vom Einkommen und der Bildung der Eltern anhängig sind als in anderen Industrieländern, weisen die USA mittlerweile die geringste Chancengleichheit unter den Industrieländern auf. An den meisten amerikanischen Eliteuniversitäten kommen beispielsweise nur etwa 9 Prozent der Studierenden aus der unteren Bevölkerungshälfte, aber 74 Prozent aus dem oberen Viertel. Die meisten Gesellschaften erkennen die moralische Verpflichtung an, sicherzustellen, dass junge Menschen ihr Potenzial entfalten können. In manchen Ländern besteht sogar ein Verfassungsauftrag hinsichtlich gleicher Bildungschancen. In Amerika allerdings investiert man mehr in die Ausbildung reicher Studierender als in die Bildung der Armen. So verschwenden die USA einen Teil ihrer wertvollsten Ressourcen, wobei sich manche junge Menschen – die sich ihres Rüstzeugs beraubt sehen – dysfunktionalen Aktivitäten zuwenden. Amerikanische Bundesstaaten wie Kalifornien geben für Gefängnisse etwa gleich viel aus wie für höhere Bildung – und manche sogar mehr.

Und weil die Lebensperspektiven eines amerikanischen Kindes teilweise in höherem Maße vom Einkommen und der Bildung der Eltern anhängig sind als in anderen Industrieländern, weisen die USA mittlerweile die geringste Chancengleichheit unter den Industrieländern auf.

Ohne kompensatorische Maßnahmen – einschließlich einer idealerweise im frühesten Kindesalter beginnenden Vorschulerziehung – schlagen sich ungleiche Chancen mit dem Erreichen des fünften Lebensjahres in lebenslang anhaltender Ungleichheit nieder. Das sollte Ansporn für politische Maßnahmen sein. Obwohl die schädlichen Auswirkungen der Ungleichheit weitreichender Natur sind und unsere Ökonomien und Gesellschaften mit enormen Kosten belasten, sind sie doch großteils vermeidbar. Die in manchen Ländern zu beobachtende extreme Ungleichheit ist nicht das zwangsläufige Ergebnis wirtschaftlicher Kräfte und Gesetze. Mit der richtigen Politik – tragfähigeren sozialen Sicherheitsnetzen, progressiver Besteuerung und besserer

Regulierung (vor allem des Finanzsektors), um nur einige zu nennen – können diese verheerenden Trends umgekehrt werden. Um den für diese Reformen nötigen politischen Willen zu schaffen, müssen wir der Trägheit und Untätigkeit der politischen Entscheidungsträger mit den traurigen Fakten hinsichtlich Ungleichheit und ihrer verheerenden Folgen für unsere Kinder entgegentreten. Wir können die Entbehrungen der Kindheit lindern und die Chancengleichheit erhöhen und damit den Grundstein für eine gerechtere und erfolgreichere Zukunft legen – in der sich die von uns deklarierten Werte widerspiegeln.

Warum tun wir das also nicht? Von den Schäden, die Ungleichheit unseren Ökonomien, der Politik und den Gesellschaften zufügt, verlangen die Nachteile für die Kinder besonderes Augenmerk. Ungeachtet der Verantwortung, die arme Erwachsene womöglich für ihr Schicksal tragen – ob sie vielleicht nicht hart genug arbeiteten, nicht genug sparten oder gute Entscheidungen trafen – Kinder werden in ihre Lebensumstände gedrängt, ohne dass sie irgendeine Wahl hätten. Vielleicht mehr als alle anderen brauchen Kinder den Schutz, der ihnen durch ihre Rechte gewährt wird – und die USA sollten der Welt als leuchtendes Beispiel für die Bedeutung dieser Rechte dienen.

(c) Project-Syndicate



Joseph E. Stiglitz
New York

Joseph E. Stiglitz ist Professor an der *Columbia University* und war Vorsitzender des *Council of Economic Advisers* der Regierung von Bill Clinton sowie *Senior Vice President* und *Chief Economist* der Weltbank. Im Jahr 2001 erhielt er den Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften.

3 LESERBRIEFE

Kim J Singh schrieb am 29.12.2014

Herr Joseph E, Stiglitz hat wieder recht. Zu seine Lösungen, jedoch, hinzufügen ist das ohne eine faire globale Wirtschaftsmodel ist das Problem der Ungleichheit mit nationale Bemühungen nicht zu beseitigen. 150 Länder befinden sich um eine Überlebenskampf. Eine faire globale Weltwirtshaftsmodel ohne eine systemische Einkommensverteilung auf lokale, nationale und globale Ebene ist nicht möglich.

Jürgen Kirschning schrieb am 01.01.2015

Was hier über die USA gesagt wird, gefällt mir überhaupt nicht. Dessen ungeachtet gefällt mir, dass amerikanische Intellektuelle die Politik ihres Parlamentes und auch ihrer Regierung kritisieren. Sie bestätigen damit, dass die USA nicht mehr das uneingeschränkte Vorbild für Europa sind, sondern dass wir rechttun, wenn wir die USA sehr kritisch betrachten. Ich bedaure das sehr. Europa muss endlich seinen Weg gehen!

wisu162 schrieb am 10.01.2015

Die USA sind eine Schein-Demokratie.
Fakt ist aber: die Stimmen werden korrekt ausgezählt.
Die Stimme eines armen Weissen, oder eines Farbigen zählen genau so viel wie die eines gepäppelten Sohns aus einer reichen, etablierten Familie.
Wenn man also Wahlen gewinnen kann, und Niemand interessiert sich für Bildung, dann müssen sich die Farbigen und die weissen `Working poor`, schon fragen lassen, warum ihnen die Bildung ihrer Kinder egal ist.
Wählerstimmen bekommt man dafür nicht, auch nicht aus den Kreisen, die in Sachen Bildung Nachholbedarf hätten.
Es besteht null Interesse.

Das erzählt schon etwas über amerikanische Mentalität und über das interlektuelle Niveau in diesem Land.

Gerade wird mit Jeb Bush der nächste Republikaner mit geringem IQ in Stellung gebracht. George W. dürfte einen IQ von 85 gehabt haben (noch tiefer: einen Eimer Wasser umkippen erfordert vielleicht IQ 70).
Wie kommt das also, dass so eine Niete wiedergewählt

wurde? Und trotz erfundener Gründe für den Irak-Krieg nicht vor Gericht gestellt wurde? Wegen dieser Lüge sind ein paar Tausend US-Soldaten gestorben, und die Moslems sind auf unsere Welt sauer.

Die USA werden von Geld gesteuert: um sich erfolgreich als Präsidentschaftskandidat zu präsentieren, dafür sind Sponsoren zuständig. Die üblichen Verdächtigen: Ölfirmen, Rüstungsindustrie, Waffenlobby, Banken. Die fordern nun halt nach der Wahl ein Dankeschön ein. Der Irak-Krieg war ein gutes Geschäft für die Rüstungsindustrie. Auch die laxe Reaktion der amerikanischen Regierung auf die Menschenrechtsverletzungen Israels, die Siedlungen im Gahza-Streifen sind schnell erklärt: viele Banken in den USA, reiche Familien sind in der Hand von Juden. Lehman Brothers, Salomon Brothers, Rothschilds ...

Man muss sich klar machen, dass sich in den USA für Menschenrechte niemand interessiert. Auch nicht für Menschenrechte, demokratische Prinzipien.
Auch nicht für uns in Europa.

Und auch nicht für Bildung.

Da sich nun Russland ein zweites Mal aus der Liga der Weltmächte verabschiedet, stellt sich die Frage, wer braucht noch die USA? Als Weltpolizist haben sie ausgedient. Auch durch moralisches Versagen.

Im Prinzip könnten die Bevölkerungsgruppen, die durch schlechte Bildung und miese Schulen benachteiligt sind, ihre Rechte einfordern.
Das eigentlich Traurige ist: sie tun es nicht. Null Interesse an Bildung. Keine Neugier auf die Welt, Geschichte, andere Völker.

Was ich schreibe, es geht um die USA. Das soll nicht bedeuten, dass wir in Europa die Idee der Demokratie besser umsetzen.
